



Neuer Anlauf für Hanf-Liberalisierung

Cannabis Social Club Basel, Zürich, Genf und Bern arbeiten zusammen an neuen Ideen

VON MORITZ KAUFMANN

Ein Cannabis Social Club ist eine Art Fumoar-Verein für Kiffer. Wer Mitglied ist, kann pro Tag eine limitierte Menge des vom Club selbst angebaute Cannabis legal erwerben. Was in Spanien oder Frankreich schon Realität ist, könnte bald auch in die Schweiz importiert werden. Im Dezember stellten Politiker sämtlicher Parteien in Genf – von den Grünen bis zum rechtspopulistischen Mouvement Citoyen Genevois – die Idee vor. In Basel verfolgt man das Vorpreschen genau.

«Basel und Zürich haben gemeinsam eine Arbeitsgruppe zum Thema Cannabis. Nachdem die Idee der Cannabis Social Clubs in Genf lanciert wurde, haben wir die Genfer eingeladen, um diese Idee vorzustellen», sagt Philipp Waibel, Leiter der Basler Gesundheitsdienste. Beim nächsten Treffen soll auch Bern dazustossen. Die neue Städte-Allianz will Informationen zusammentragen und gemeinsam neue Wege in der Cannabis-Politik gehen. Das Interesse an den Cannabis-Clubs ist geweckt. «In Genf ist es erst eine Idee, aber sie ist interessant», meint Waibel.

Cannabis: Droge Nummer eins

Nach Ansicht der Experten klaffen Anspruch und Realität bei der Bekämpfung des Cannabiskonsums und -handels längst auseinander. Der Genfer Soziologie-Professor Sandro

«In Genf ist es erst eine Idee – aber sie ist interessant.»

Philipp Waibel, Leiter Gesundheitsdienste BS

Cattacin sagt: «Es gibt einen riesigen Leerlauf bei der Polizeiarbeit. Der Aufwand ist enorm.» Cattacin ist Präsident der Initiative hinter den Cannabis Social Clubs in Genf und forscht im Bereich der urbanen Soziologie. Ein Blick in die Kriminalstatistik des Kantons Basel-Stadt zeigt: Von den illegal konsumierten Substanzen ist Cannabis mit grossem Abstand die Nummer eins. 2012 griffen Polizisten fast ein Viertel mehr Konsumenten auf als 2011.

Gesetz ist schwierig zu umgehen

Die Sorgen sind in allen Städten ähnlich, die Ausgangslage aber verschieden. «In Genf ist es ein Sicher-



Ob illegal, halblegal, toleriert oder legal: Gekifft wird munter weiter – so auch in Basel. SYMBOLBILD

100 FRANKEN: BUSSE STATT ANZEIGE

Es war ein hartes Aufschlagen auf dem Boden der Realität für die Cannabis-Freunde: Ende 2008 schmetterte das Schweizer Volk die Initiative «für eine vernünftige Hanf-Politik mit wirksamem Jugendschutz» mit

63 Prozent ab. Es war eine deutliche Absage an eine schweizweite Liberalisierung von Cannabis-Produkten. Um den Polizisten das Leben zu erleichtern, hat das Parlament letztes Jahr aber beschlossen, kiffen nur

noch mit einer Busse zu bestrafen. Wer von der Polizei erwischt wird und nicht mehr als zehn Gramm auf sich trägt, muss seit dem 1. Oktober 100 Franken zahlen. Angezeigt wird man aber nicht mehr. (MKF)

heitsproblem infolge offener Drogenszenen mit entsprechenden Problemen. In Basel und Zürich geht man die Thematik eher unter Präventions- und Jugendschutzaspekten an», sagt Philipp Waibel.

In Basel hat zuletzt 2010 SP-Grossrätin und Strafrechtlerin Tanja Solands die Initiative ergriffen und einen «Pilotversuch zum kontrollierten Verkauf von Cannabis» lanciert. 2012 antwortete die Regierung, dass es in der Schweiz derzeit rechtlich kaum möglich sei, so etwas durchzuführen. «Die grosse Schwierigkeit ist das gesamtschweizerische Betäubungsmittelgesetz. Dieses zu ändern, ist aus unserer Sicht zurzeit nicht realistisch», glaubt Waibel (siehe Box). Solands Vorstoss wurde vom Grosse Rat aber stehen gelassen, die Regierung muss dieses Jahr wieder Stellung nehmen. Die SP-Grossrätin selbst kündigt gegenüber der bz an, sich die Genfer Lösung genau anschauen zu wollen und bei der Regierung noch mal nachzufragen.

Hoffen auf «Obama-Situation»

«Eine Möglichkeit, trotz geltendem Betäubungsmittelgesetz eine Ausnahmebewilligung für einen zeitlich beschränkten Versuch zu erhalten, wäre ein wissenschaftlich breit abgestütztes Forschungsprojekt», sagt Waibel. Dafür müsste das Bundesamt für Gesundheit in Bern sein Einverständnis geben. In Genf allerdings will man einen anderen, ungewöhnlicheren Weg gehen. «Wir hoffen, dass eine Obama-Situation entsteht», sagt Cattacin. In den USA ist seit vergangener September Cannabis im Staat Colorado frei erhältlich. Gemäss Bundesgesetz ist das zwar illegal. Doch: «Es ist eine Toleranzsituation entstanden. Die regionalstaatliche Souveränität ist wichtiger als die nationalstaatliche», erklärt Cattacin. Ähnliches stellt er sich für Genf vor. Der Soziologie-Professor ist überzeugt: «Es wird sehr viel gehen in den nächsten Monaten.»

Ob Basel sich ebenfalls auf das juristische Experiment wie in Genf einlassen will, ist fraglich. «Es kann sein, dass in jeder Stadt unterschiedliche Lösungsansätze evaluiert werden», sagt Waibel. Sprich: dass man sich in Basel eine eigene Idee ausdenkt. Unterstützung aus der Politik ist jedenfalls vorhanden. So hat 2010 auch der damalige FDP-Grossrat, Baschi Dürr, Tanja Solands Liberalisierungs-Vorstoss unterschrieben. Und Dürr ist ja mittlerweile Basler Justizdirektor.

Kommentar rechts

Kommentar

von Moritz Kaufmann



Alter Konflikt – neue Wege

■ *Kaum ein Kraut ist so sehr dem Zeitgeist unterworfen, wie Cannabis und alle daraus hergestellten Drogen wie Marihuana oder Hasch. Vor zehn, fünfzehn Jahren war es in Basel ganz normal, in halblegalen Hanf-Shops seine «Duftsäckli» zu kaufen. Amsterdam galt als Kiffer-Mekka und über die bigotten USA wurde gespottet. Mittlerweile hat Uruguay Cannabis legalisiert, in den USA kann man in zwei Staaten straffrei kiffen (Colorado und Washington), dafür schränkte Holland seine liberalen Gesetze für Coffee-Shops stark ein. In der Schweiz erteilte das Stimmvolk einer Cannabis-Freigabe 2008 eine Abfuhr, Hanf-Shops und Duftsäckli verschwanden, doch gekifft wird munter weiter.*

Seit jeher wird leidenschaftlich über «Gras» gestritten. Für die einen ist es eine Wunderdroge, für die anderen Teufelskraut. Beides ist masslos übertrieben. Fakt aber ist: Die heutige Situation ist unbefriedigend und scheinheilig. Wer an einem Sommerabend am Rhein spazieren geht, wird von allen Seiten vom süsslich-herben Duft eingehüllt. Dies, obwohl kiffen klar verboten ist. Doch der Polizei fehlen die Mittel und – verständlicherweise – auch der Wille, jedem rauchenden Joint hinterherzurennen.

Es ist deshalb zu begrüssen, dass Basel und weitere Schweizer Grossstädte neue Wege gehen wollen. Sie sind es, die mit den Problemen des Cannabis-Konsums konfrontiert sind. Sie sind es auch, die für Sicherheit und Ordnung auf den Strassen sorgen müssen. Deshalb sind sie am ehesten in der Lage, eine sachliche, lösungsorientierte Diskussion anzuführen – jenseits von Zeitgeist, Verherrlichungen oder Verteufelungen.

www.twitter.com/MoritzCom
moritz.kaufmann@azmedien.ch

INSERAT



MYKITA MYLON

Ramstein Optik

In Basel beim Marktplatz
www.ramstein-optik.ch

Fusionsinitiative entzweit beide Basel

Empfehlungen Basel-Stadt sagt Ja – die heutige Zusammenarbeit stosse an die Grenzen. Baselland will hingegen diese Zusammenarbeit noch stärken.

VON LEIF SIMONSEN

Basel-Stadt will, Baselland will nicht. Gestern veröffentlichten die beiden Regierungen ihre Vorlagen zur Fusionsinitiative. Beide Regierungen stellen klar, dass sie sich ihren Entscheid im Hinblick auf die wohl wichtigste kantonale Abstimmung der letzten Jahrzehnte nicht leicht gemacht hätten. Die Basler kommen zum Schluss, dass die bikantonale Zusammenarbeit

lange Zeit erfolgreich gewesen sei, aber dass die «Komplexitäten der Themen und die Abhängigkeiten zum Bund und zu anderen Körperschaften massiv zugenommen haben».

Furcht vor Stagnation

Die Basler Regierung führt dabei das Beispiel der Hafenplanung auf. «Hier sind wir von den politischen und rechtlichen Entwicklungen auf Bundesebene, im Elsass und in Baden-Württemberg, dem Hafenaufbau in Rotterdam und den Verkehrsdiskussionen in den Kantonen Aargau, Zürich und im Mittelland abhängig.» Viel besser wäre nun, wenn zumindest die beiden Basel mit einer Stimme auftreten könnten. In den Augen der Basel-

bieter Regierung überwiegen aber die Gegenargumente. Feinsäuberlich hat sie die Pros und Kontras der Fusionsinitiative gegeneinander abgewogen.

Schliesslich ist die Regierung der Meinung, dass die «Risiken gegenüber den Chancen überwiegen». So würde die Annahme der Fusionsinitiative etwa eine lange Phase der Stagnation nach sich ziehen, weil sich das Fusionsverfahren in die Länge ziehen würde. Interessanterweise findet die Regierung, dass die «bisher im Rahmen der Partnerschaft» erreichten Erfolge Ansporn seien, die Zusammenarbeit weiter zu vertiefen. Klar sei: «Der Regierungsrat ist nicht angetreten, um das Bestehen des Kantons Baselland in den nächsten Jahren zu beenden.»

INSERAT

beider basel
handelskammer

«Die Schweiz muss offen bleiben. Für Neues und Neue.»

KLAUS ENDRESS
VR-Präsident der Endress+Hauser Gruppe, Reinach

am 9. Februar
NEIN!
zur Abschottungsinitiative